

Vorwärts

Central-Organ der Sozialdemokratie Deutschlands.

Nr. 22.

Mittwoch, 21. Februar.

1877.

Höhere Rücksichten.

Aus „höheren Rücksichten“ hat bekanntlich der deutsche Bundesrath beschlossen, der Einladung Frankreichs an das deutsche Reich zur Beischiedung der Weltausstellung, die im nächsten Jahre in Paris stattfindet, nicht Folge zu geben.

Wir haben schon wiederholt erklärt, daß wir diesen Beschluß für einen höchst bedauerlichen halten, daß wir der Ueberzeugung sind, daß diese freiwillige Verbannung von dem großen industriellen Weltchauplatz schwer drückend auf der deutschen Industrie lasten wird — doch was nützt unsere Warnung, sie wird von der Unfehlbarkeit, die nicht allein dem Papste anhebt, unbeachtet gelassen.

Nun, wir können's ertragen — ob es aber auch die heutigen Träger der deutschen Regierungen auf die Dauer ertragen können, ist eine zweite Frage.

Als der Bundesrath die ablehnende Antwort gab, stützte er sich auf die schwankende Haltung von Italien, Oesterreich, Schweden und Norwegen, da stützte er sich ferner auf den allgemeinen Mißmuth, der sich kundgab, weil die Weltausstellungen so schnell auf einander folgten und die betreffenden Regierungen nicht vorher sich mit den Nachbarregierungen verständigten.

Dieser Grund des Mißmuths ist berechtigt, wie wir auch schon früher zugegeben haben; die Weltausstellungen sind international und so sollten auch die Vorbereitungen von den verschiedenen Völkern gemeinsam berathen und betrieben werden.

Aber der vollendeten Thatsache gegenüber und in Anbetracht, daß die Franzosen nicht anders gehandelt haben, als vorher die Engländer, Oesterreicher und Amerikaner fallen all' die angegebenen Gründe in's Wasser, und nur die eine Frage ist maßgebend: Hat die deutsche Industrie, die deutsche Arbeit Nutzen, wenn die Pariser Ausstellung besichtigt wird?

Und diese Frage wird von den meisten Industriellen, von allen Fachmännern und von allen wissenschaftlichen Autoritäten, Professor Neuleug an der Spitze, mit Ja beantwortet.

Triumphe würde die deutsche Industrie nicht feiern, aber sie würde lernen können und darauf kommt es vorzugsweise an. Eine falsche Scham muß man es deshalb nennen, wenn man sich, wie es von Seiten einzelner Industrieller geschieht, deshalb gegen die Besichtigung der Ausstellung erklärt, weil man nicht mit den Franzosen concurriren könne.

Nun, zum Heiler, wenn wir noch nicht mit den großen Nachbarvölkern concurriren können, so wollen wir von ihnen lernen, daß wir baldmöglichst die Concurrnz mit Erfolg aufnehmen können.

Aber höhere Rücksichten haben den Bundesrath bestimmt!

Welche höheren Rücksichten?

Das sagt man nicht! Sagen wir es.

Der alte Franzosenhaß, die Rivalität im Militarismus ist es, vor welcher die Rivalität in den Künsten des Friedens zurückstehen muß.

Wo fortwährend die Drohung vorhanden ist, daß die Krupp'schen Kanonen die Stimme des Friedens, der Vernunft überdönen werden, da ist kein Raum für die Bestrebungen der Völker, mit Fleiß und regem Eifer an ihrer Culturentwicklung zu arbeiten.

Man wird entgegenen, daß Frankreich eben so sehr zur ewigen Kriegsdrohung beitrage, als Deutschland. Nun gut! Aber zeigt davon denn die höfliche Einladung zur Weltausstellung? Liegt die Kriegsdrohung nicht vielmehr in dem Abschlagen der Einladung?

Deutet ein solches Verfahren die eminente Friedensliebe, deutet es auch nur die Kraft an, mit welcher unsere Patrioten fortwährend prunken?

Keins von Beiden. Die „höheren Rücksichten“ können uns, können Demjenigen nicht imponiren und noch weniger gefallen, der weiß, aus welchem Borne sie quellen.

Ob der deutsche Reichstag auf die „höheren Rücksichten“ Rücksicht nehmen wird? Wir glauben wohl, weil auch dort der furor tentoniens eine nicht seltene Erscheinung ist. Und das Schlimmste für den deutschen Bundesrath bei der ganzen Geschichte ist, daß Deutschland in der Frage ganz isolirt dasteht.

Italien hat zugestagt, die Weltausstellung zu besichtigen; der deutsche Bundesrath blickte noch hoffnungsvoll auf Schweden, Norwegen und Oesterreich. Schweden und Norwegen haben beschlossen, der Einladung gleichfalls Folge zu leisten. Des hohen Bundesraths einzige Hoffnung blieb Oesterreich. Der Ausschuß des österreichischen Abgeordnetenhauses beschloß, die Ausstellung nicht zu besichtigen — der deutsche Bundesrath war oben auf, und die Reptile gaben ihrem Franzosenhaß jubelnden Ausdruck.

Da geschah das Unerhörte. Das österreichische Abgeordnetenhause war klüger als sein Ausschuß und beschloß mit „Majorität“ unter Zustimmung der Regierung gegen den Ausschuß die Besichtigung der Weltausstellung zu Paris.

Deutschland steht nunmehr völlig isolirt da — und was das Schlimmste ist: ein derartiger Groll gegen Frankreich ist völlig ohnmächtig, ja er verzehrt den eigenen Leib.

Die deutsche Industrie ist krank, die deutsche Arbeit liegt darnieder — anstatt sie in die frische Luft zu senden, damit neues Leben ihnen eingehaucht werde, halten die „klugen“ deutschen „Ärzte“ sie zurück in der verpesteten Krankenstube!

„Kühe“ — das! — Armes Deutschland!

Aus Großbritannien.

Edinburgh, 12. Februar 1877.

Das Parlament wäre also wieder eröffnet und somit manchem lange und schmerzlich verhaltenem Redewässereisen freier Lauf gegeben. Die sogenannte „Thronrede“, deren Verlesung „Ihre

Majestät“ auch heuer wieder in höchst eigener Person vornahm, war diesmal anhergewöhnlich armfelig und unerquicklich. Nichtsdestoweniger ist in derselben eine „Bereinfachung und Verbesserung der Fabrikgesetze“ und eine „Regulirung der summarischen Jurisdiction der Magistratsrichter“ versprochen, zwei Punkte, welche im parlamentarischen Programme der Gewerkschaftler stehen. Auch die Gesetzesvorlage bezüglich der Centralisirung des Gefängnißwesens in den Händen der Regierung soll diese Session wieder vor's Parlament gebracht werden, anknüpfend an welche Vorlage die Arbeiter nicht versäumen werden, ihren Wünschen bezüglich Regulirung der Gefängnißarbeit Nachdruck zu verschaffen.

Conservative wie Liberale haben übrigens heuer ausnahmsweise günstige Gelegenheit, die soziale Gesetzgebung im Innern durch Rodomontaden über die orientalische Frage zu verträdeln und niederzuschwätzen.

Der Ausfall der Wahlen in Deutschland scheint übrigens auch den Führern der englischen Trades-Unions zu denken gegeben zu haben. In der „Industrial Review“ (seit Neujahr hat der „Beehive“ diesen Namen angenommen und seinen Preis verdoppelt) wurde schon einige Male darauf hingewiesen und die Haltung der deutschen Arbeiter den englischen zur Nachahmung empfohlen. Neuerlich nimmt dieses Blatt, indem es die Nachricht bringt, daß die gegenwärtigen Vertreter von Halifax und Newcastle-a-uder-Tyne auf ihre parlamentarische zu verzichten gedenken, Gelegenheit, darauf hinzuweisen, daß dies der günstigste Moment sei, um zwei Arbeitervertreter in's Parlament zu bringen, indem an beiden Orten das Arbeiterelement den Ausschlag zu geben in der Lage wäre; besonders in Halifax sei die Arbeitermajorität ganz unbestritten und, wie der Leader des „Industrial Review“ sagt, „wenn die Arbeiter selbst die Macht hätten, im ganzen vereinigten Königreich einen Ort zu wählen, an welchem die Schlacht zwischen Kapital und Arbeit geschlagen werden sollte, ein besserer Platz als Halifax könnte nicht gefunden werden.“ Die Ursache, warum die Arbeiter Englands bis jetzt nicht mehr Vertreter ihrer Klasse in's Parlament gesandt, verstehen die Führer entweder nicht, oder lassen sie geistlich unberührt. Es ist einfach die, daß die Arbeiter trotz ihres entschiedenen Klassenbewußtseins bis jetzt noch nicht dahin gekommen sind, dieses Klassenbewußtsein durch Formirung einer selbstständigen, sozialpolitischen Partei offen zum Ausdruck zu bringen. So lange die „radikalen“ der Gewerkschaftsführer im Programm des Liberalismus das höchste des Erstrebenswerthen und Erreichbaren auch für die Arbeiter Großbritanniens finden, wird es ihnen nicht gelingen, den Arbeitern planmäßig zu machen, daß es gerade Arbeiter sein müssen, die sie zu wählen haben. Daß man im englischen Parlamente für die Fabrik-Gesetzgebung Experten aus Arbeiterkreisen braucht, ist nicht wahr; die Herren Großfabrikanten, die dort sitzen kennen die Wünsche und Bedürfnisse ihrer Arbeiter gerade so gut, wie diese selbst. Warum man Arbeiter im Parlamente braucht? Weil den besitzenden Klassen der Wille fehlt, Gesetze zu Gunsten des arbeitenden Volkes zu machen. Das getrauen sich aber die Herren Arbeiterführer nicht auszusprechen; anderseits haben die gegenwärtigen Vertreter der Arbeiter im Parlamente, die Herren Macdonald und Burt, durchaus nichts gethan, was sie von den liberalen Volksvertretern gewöhnlichen Schlages vortheilhaft abheben ließe. Besonders der erstgenannte ist sichtlich bemüht, den Kapitalparlamentarier abzulösen, wie sie sich räuspern und wie sie sich spucken. Leider ist er bei seinen Copirversuchen immer so unglücklich, daß er sich trotz seiner Gelehrigkeit die Günst seiner Vorbilder nicht zu erringen vermag. Daß zwischen Kapital und Arbeit, und folglich deren Vertretern ein tiefer, unverwundlicher Gegensatz besteht, getraut sich keiner auszusprechen. Wenn aber die Herren Arbeitervertreter im Parlamente nichts Besseres zu thun wissen, als so harmonisch wie möglich mit den liberalen Wölfen zu heulen, was Wunder, daß die Arbeiter die brennende Nothwendigkeit von Arbeiterdeputirten nicht empfinden?

Die Herren Gewerkschaftsführer treiben die politische Heuchelei so weit, daß sie nun schon zweimal öffentlich gemeinsam mit den jungen Pfaffen Londons öffentliche Versammlungen abgehalten haben, „um dem heranwachsenden Acker auf dessen Verlangen über das Wesen der Trades-Unions Vorträge zu halten“, als ob diese Herren Seelenhirten nicht auch auf anderem Wege im Stande wären, sich die gewünschte Belehrung (wenn sie eine solche überhaupt bedürfen) zu verschaffen. Es ist klar, daß es im Interesse der Pfaffen liegt, ihren Arbeiterpfarrkindern glauben zu machen, daß sie mit deren Gewerkschaftsführern auf vertrautem Fuße stehen; es kann das nur dazu beitragen, ihren Nimbus in den Augen der benebelten christlichen Heerde womöglich noch heller strahlen zu machen. Was aber die Gewerkschaftler ihrerseits von einer öffentlichen Afjizierung mit dem Pfaffenenthum gewinnen wollen, ist für Unsereinen schwer ersichtlich. Die englischen Gewerkschaften sind stark genug, ihre Stellung auch ohne den allerdings mächtigen Einfluß der hochkirchlichen Geistlichkeit und wenn nötig, auch gegen diese zu behaupten. Es kann dieser betäubenden Erscheinung leider nichts anderes zu Grunde liegen, als (da Religiosität in England das erste Erforderniß zur „Anhängigkeit“ ist) die Sucht der Herren Führer, in den Augen des goldenen Kalbes „anständig“, parlaments- und gesellschaftsfähig zu erscheinen. Und durch den Wunsch allein sind sie es auch.

Conservative wie Liberale haben übrigens heuer ausnahmsweise günstige Gelegenheit, die soziale Gesetzgebung im Innern durch Rodomontaden über die orientalische Frage zu verträdeln und niederzuschwätzen.

Der Ausfall der Wahlen in Deutschland scheint übrigens auch den Führern der englischen Trades-Unions zu denken gegeben zu haben. In der „Industrial Review“ (seit Neujahr hat der „Beehive“ diesen Namen angenommen und seinen Preis verdoppelt) wurde schon einige Male darauf hingewiesen und die Haltung der deutschen Arbeiter den englischen zur Nachahmung empfohlen. Neuerlich nimmt dieses Blatt, indem es die Nachricht bringt, daß die gegenwärtigen Vertreter von Halifax und Newcastle-a-uder-Tyne auf ihre parlamentarische zu verzichten gedenken, Gelegenheit, darauf hinzuweisen, daß dies der günstigste Moment sei, um zwei Arbeitervertreter in's Parlament zu bringen, indem an beiden Orten das Arbeiterelement den Ausschlag zu geben in der Lage wäre; besonders in Halifax sei die Arbeitermajorität ganz unbestritten und, wie der Leader des „Industrial Review“ sagt, „wenn die Arbeiter selbst die Macht hätten, im ganzen vereinigten Königreich einen Ort zu wählen, an welchem die Schlacht zwischen Kapital und Arbeit geschlagen werden sollte, ein besserer Platz als Halifax könnte nicht gefunden werden.“ Die Ursache, warum die Arbeiter Englands bis jetzt nicht mehr Vertreter ihrer Klasse in's Parlament gesandt, verstehen die Führer entweder nicht, oder lassen sie geistlich unberührt. Es ist einfach die, daß die Arbeiter trotz ihres entschiedenen Klassenbewußtseins bis jetzt noch nicht dahin gekommen sind, dieses Klassenbewußtsein durch Formirung einer selbstständigen, sozialpolitischen Partei offen zum Ausdruck zu bringen. So lange die „radikalen“ der Gewerkschaftsführer im Programm des Liberalismus das höchste des Erstrebenswerthen und Erreichbaren auch für die Arbeiter Großbritanniens finden, wird es ihnen nicht gelingen, den Arbeitern planmäßig zu machen, daß es gerade Arbeiter sein müssen, die sie zu wählen haben. Daß man im englischen Parlamente für die Fabrik-Gesetzgebung Experten aus Arbeiterkreisen braucht, ist nicht wahr; die Herren Großfabrikanten, die dort sitzen kennen die Wünsche und Bedürfnisse ihrer Arbeiter gerade so gut, wie diese selbst. Warum man Arbeiter im Parlamente braucht? Weil den besitzenden Klassen der Wille fehlt, Gesetze zu Gunsten des arbeitenden Volkes zu machen. Das getrauen sich aber die Herren Arbeiterführer nicht auszusprechen; anderseits haben die gegenwärtigen Vertreter der Arbeiter im Parlamente, die Herren Macdonald und Burt, durchaus nichts gethan, was sie von den liberalen Volksvertretern gewöhnlichen Schlages vortheilhaft abheben ließe. Besonders der erstgenannte ist sichtlich bemüht, den Kapitalparlamentarier abzulösen, wie sie sich räuspern und wie sie sich spucken. Leider ist er bei seinen Copirversuchen immer so unglücklich, daß er sich trotz seiner Gelehrigkeit die Günst seiner Vorbilder nicht zu erringen vermag. Daß zwischen Kapital und Arbeit, und folglich deren Vertretern ein tiefer, unverwundlicher Gegensatz besteht, getraut sich keiner auszusprechen. Wenn aber die Herren Arbeitervertreter im Parlamente nichts Besseres zu thun wissen, als so harmonisch wie möglich mit den liberalen Wölfen zu heulen, was Wunder, daß die Arbeiter die brennende Nothwendigkeit von Arbeiterdeputirten nicht empfinden?

Die Herren Gewerkschaftsführer treiben die politische Heuchelei so weit, daß sie nun schon zweimal öffentlich gemeinsam mit den jungen Pfaffen Londons öffentliche Versammlungen abgehalten haben, „um dem heranwachsenden Acker auf dessen Verlangen über das Wesen der Trades-Unions Vorträge zu halten“, als ob diese Herren Seelenhirten nicht auch auf anderem Wege im Stande wären, sich die gewünschte Belehrung (wenn sie eine solche überhaupt bedürfen) zu verschaffen. Es ist klar, daß es im Interesse der Pfaffen liegt, ihren Arbeiterpfarrkindern glauben zu machen, daß sie mit deren Gewerkschaftsführern auf vertrautem Fuße stehen; es kann das nur dazu beitragen, ihren Nimbus in den Augen der benebelten christlichen Heerde womöglich noch heller strahlen zu machen. Was aber die Gewerkschaftler ihrerseits von einer öffentlichen Afjizierung mit dem Pfaffenenthum gewinnen wollen, ist für Unsereinen schwer ersichtlich. Die englischen Gewerkschaften sind stark genug, ihre Stellung auch ohne den allerdings mächtigen Einfluß der hochkirchlichen Geistlichkeit und wenn nötig, auch gegen diese zu behaupten. Es kann dieser betäubenden Erscheinung leider nichts anderes zu Grunde liegen, als (da Religiosität in England das erste Erforderniß zur „Anhängigkeit“ ist) die Sucht der Herren Führer, in den Augen des goldenen Kalbes „anständig“, parlaments- und gesellschaftsfähig zu erscheinen. Und durch den Wunsch allein sind sie es auch.

Die Leute vertreiben wollten, wurden mit dem Rufe empfangen: Arbeit oder Brod! Man sah, so berichtet unser Berliner Parteiverwandtschaft mit Profetarierhänden zeigten, eifrigst unter dem Hauften wählen; Niemand kannte sie, jedoch waren die von hungrigen Mägen gepeinigten Arbeiter halb und halb geneigt, ihren unverantwortlichen Provokationen Gehör zu schenken, und wer weiß, was geschehen wäre, wenn nicht etliche Sozialisten vorübergekommen wären und die Leute zum Auseinandergehen bewogen hätten. Es ist schon wiederholt bemerkt worden, daß sich bald hier bald dort höchst verdächtige Elemente zeigen und die mit Recht über die herrschenden Verhältnisse unzufriedenen Arbeiter zu Gesetzesübertretungen aufzustacheln suchen. Möge man sich vor diesen Kreaturen, deren bodenlose Niedertracht nur durch die raffinierte Bosheit ihrer Auftragsgeber übertröffen werden kann, ernstlich hüten. Sie sind die Werkzeuge derer, welche nichts schuldlicher wünschen, als daß die Beschäftigungslosen rebelliren, damit sich Polizei- und Militärgewalt einmischen und das Unheil einen ganz ungeheuerlichen Charakter annehme — damit im Trüben gefischt werden kann!

— Roheit und Uebermuth der „Gebildeten“. Das langjährige Leiborgan des Fürsten Bismarck, die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“, sagt in einem Artikel über die Entenzucht wörtlich: „Die Federn der Enten haben wenig Werth; sie können nur zu Betten für Anechte und Mägde verwendet werden, wenn sie erst weiter vorbereitet wurden.“ Dazu bemerkt unser Chemnitzer Parteiverwandtschaft: „Mit einer solchen Roheit und mit einer solchen cynischen Offenheit kann sich der Dünkel der „Auserwählten“ kaum zur Zeit des Bauernkrieges geltend gemacht haben. Man mag daraus ersehen, in welchen Vorurtheilen die herrschenden Klassen befangen sind.“ — Ganz recht. Und dieselbe „Norddeutsche“ beschuldigt aus der „Aufreizung“ des Volks. Wir können dem sauberen Blatt versichern, der eine von ihm verübte That, den wir vorliegend abdrucken, ist „aufreizender“ als alle je veröffentlichten Leitartikel aller sozialistischen Blätter zusammengenommen. Nur weiter so! Die Ernte wird der Aushaas entsprechen.

— Auch ein Zeichen der Zeit. In Bauchlöbel (bei Hanau) hat sich, wie verschiedene Blätter berichten, herausgestellt, daß die größere Anzahl von Mitgliedern des Kriegervereins für die Sozialdemokratie mehr Reizung hat, als für den Rational-liberalismus. Bei der nothwendig gewordenen Abstimmung darüber, ob die sozialdemokratischen Mitglieder anzutreten hätten oder der Verein aufzulösen sei, ergab sich eine so große Mehrheit für die Sozialdemokraten, daß die nationalliberalen Mitglieder sich genöthigt sahen, aus dem Verein auszutreten, während die Sozialisten den Beschluß faßten, den Verein fortzuführen und zu diesem Behufe alsbald einen Vorstand wählten. — Also fängt auch das sozialistische Gift an, auf die Kriegervereine herabzuträufeln, auf dieselben Kriegervereine, die doch dazu berufen sind, den (Wort's) Patriotismus zu pflegen u. s. l. Da bleibt freilich schließlich nur noch Klante, Säbel und Kesselfanone übrig, um die Anhänger der Bismarck'schen „verbrecherischen Thorheit“ und Eulenburg'schen „verrückten Schwärmerie“ unschädlich zu machen, denn nirgends ist man mehr vor ihnen sicher. Da aber auch dieses Mittel kaum noch durchführbar ist, so wäre gewiß wieder einmal eine „Sündfluth“ nöthig, um die läudige Menschheit zu verderben und die paar Auserwählten des Herrn als Stammväter eines neuen besseren Geschlechts zu erretten!

— Welche „Schindluderei“ man mit dem Namen des großen Agitators Lassalle treibt, geht aus folgender Correspondenz hervor, die der liberal-conservative „Hamburgische Correspondent“ sich aus Altona noch vor der Wahl schreiben ließ: „Dem bevorstehenden Wahlkampfe wird insofern eine besondere Beachtung geschenkt werden müssen, als diesmal die von der sozialistischen Partei abgefallenen Anhänger der rein Lassalle'schen Lehre für ihren Candidaten Köthing aus Leipzig alles Gewicht in die Waagschale zu werfen bemüht sind, der im vorigen Wahlgange kaum einige hundert Stimmen auf sich zu vereinigen vermochte. Wenn die kürzlich stattgehabte Volksversammlung, in welcher Herr Köthing seine Candidaturrede und das Programm seiner Partei darlegte, den Zweck hatte, zugleich Heerschan über die Anhänger dieses Programms zu halten, so kann der spärliche Besuch der Versammlung den Candidaten über die Ausichtslosigkeit seiner Mitbewerbung gegenüber der compacten Masse, welche hinter seinem sozialistischen Concurrenten steht, nicht wohl getäuscht haben, wie denn auch der Schluß der Rede die Hoffnungslosigkeit eines für dieses Mal zu erringenden Erfolges hinlänglich durchschimmern ließ und mehr nur der Hoffnung Ausdruck gab, daß die durch die in Scene zu setzende Agitation in weitere Kreise getragene Lehre der zur Zeit noch numerisch schwachen Partei weitere Anhänger erwerben und namentlich dazu beitragen werde, die fälschlich sich Lassalleaner nennende, jedoch auf dem Boden der Internationale stehende Arbeiterpartei zu dem ursprünglichen Programm ihres Begründers zurückzuführen. Wer durch die seit langer Zeit hier tonangebende internationale Sozialistenpartei in den Volksversammlungen nicht nur an die ärgsten Zwischkeiten gegen die liberalen Parteien gewöhnt und durch die alles Gefähr für Vaterland und die heiligsten Bande der Familien schmähenden Expectorationen angeekelt war, dem konnte die sachliche Behandlung der Gegensätze und die Hochhaltung der nationalen Einheit, wie sie in der Wahlrede des Candidaten Köthing und in noch entschiedenerer Weise in dem Vortrage des diesem folgenden Redners zum Ausdruck kam, nur wohlthuend sein, da dieser in höchst eindringlicher Weise die Vaterlands-

Sozialpolitische Uebersicht.

— Arbeit oder Brod! In einer der Vorstädte Berlins kam es den 15. d. M. Abends zu einer Zusammenrottung beschäftigungsloser Arbeiter. Die Polizeibeamten, welche

losigkeit der anderen sozialistischen Partei und ihre verbrecherische Mißachtung alles dessen, was den Menschen für heilig gilt, getheilt. Das Programm der Partei, das in dem ersten Punkte den auf die Herbeiführung und Befestigung der Einheit unter den deutschen Stämmen gerichteten Bestrebungen allen Beifall schenkt, verlangt ferner die Erweiterung des allgemeinen und direkten Stimmrechts auf alle Wahlen, die Communalwahlen eingeschlossen, und zwar vom 20. Lebensjahre an und plaidirt in seinem zweiten Punkte für ein stehendes Heer für Einführung der Volkswehr nach schweizerischem Muster und schließt behufs Befreiung der Arbeit von dem überwältigenden Druck des Kapitals mit der Forderung von Produktiv-Assoziationen mit Staatshilfe, weist aber alle anderen überhöchlichen Forderungen der internationalen Arbeiterpartei weit von sich. Da von den liberalen Parteien schon seit langer Zeit denselben Forderungen der Sozialisten, welche den Anspruch auf Verwirklichung zu erheben haben, alle Beachtung geschenkt ist und dem weiteren geschlichen Schutze der Interessen des Arbeiterstandes innerhalb der möglichen Grenzen, von vorerwähnter Seite Sympathie gewährt ist, so würde es immerhin vortheilhaft sein, wenn die durch das Erstarken der anti-internationalen Arbeiterpartei mit ihrem zum Theil doch discutablen Programm der Boden für ein Vereinfachen gefunden werden könnte, der sich in der Verknüpfung mit den utopischen Forderungen der internationalen Sozialisten von vorn herein fehlt.

Wir haben den Verdächtigungen gegen uns, den Tiraden der „ein Vassallenischen“ Partei gegenüber nur eins zu bemerken: Lebte Vassalle noch und es befände ihn der Altonaer Correspondent des „Hamburgischen Correspondenten“ und der Herr Adlung, so würde er bei guter Laune zu denselben sagen: „Aber Freunde, ich kann doch nicht Jedem ein Stalllaternen in den Kopf hängen.“ — Bei schlechter Laune würde er ihnen aber seinen Bastard-Schulze um die Ohren schlagen mit dem Hornruf: „Habt Ihr nicht einmal dies gelesen?“

— Aus Kempen in Posen wird uns mitgetheilt, daß in Oberschlesien zwei, in Posen und bei Breslau eine Person durch Patronillen und Posten, welche die verschiedenen Distrikte der Kinderpest wegen absperrten, erschossen worden sind. Der betreffende Mann bei Posen war taub und konnte deshalb den Ruf des Postens nicht hören.

— Aus Wiesbaden wird uns berichtet, daß ein Mühlenbesitzer denjenigen seiner Arbeiter, welche Schulze-Delitzsch's Stimmgen geben wollten, einen halben Tag frei gab; einem Arbeiter, der frei heraus sagte, daß er Jacoby gewählt habe, wurde ein halber Tag von dem Arbeitslohn abgezogen.

— Dänemark. Die in voriger Nummer erwähnte Arbeiterdeputation hatte am 8. Februar eine Audienz beim Präsidenten des Ministeriums. Derselbe erwiderte auf die bekannten Anträge der Deputation, daß er bedauere, der in der That herrschenden Arbeitslosigkeit nicht durch die Bornehme verschiedener Banten abhelfen zu können, nachdem der Reichstag den bezüglichen Regierungsanträgen kein Gehör geschenkt habe. Die Unterstützung Hilfsbedürftiger sei Sache der Communen und der Unterstützungsvereine, erst wenn diese nicht mehr im Stande seien, die Aufgabe zu bewältigen, könne die Frage an die Staatskasse herantreten, helfend einzuschreiten. Was jedoch die Fortschaffung der überflüssigen Arbeitskraft durch Auswanderung betreffe, so würde er (der Minister) hierauf gern eingehen, wenn er mit den Antragstellern über die Voraussetzungen einig sei, daß das Land überbevölkert, so daß es der Bevölkerung nicht mehr hinreichende und hinreichend lohnende Arbeit zu schaffen vermöge. Das Land sei jedoch nicht überbevölkert, wie die fortwährende Einwanderung fremder Arbeiter beweise. Schließlich drückte der Minister die Hoffnung aus, daß die Arbeitslosigkeit bald beendet sein möge. — Also auch hier abgewiesen! Es war nicht anders zu erwarten. In den Responderungen des Herrn Ministers steht viel Confusion. Erst erkennt er die Arbeitslosigkeit als Beschuldigung an, dann leugnet er, daß das Land „überbevölkert“, das heißt, wie er selbst es definiert, außer Stand sei, der Bevölkerung ausreichende und ausreichend lohnende Arbeit zu schaffen. Wenn das Land im Stand ist, dann herrscht keine Arbeitslosigkeit; und wenn Arbeitslosigkeit herrscht, dann ist das Land auch außer Stand. Der Mann muß das Abweisen mit leeren Redensarten noch lernen. Genug: die dänischen Arbeiter mögen forthungern!

— Ordnungsbestien. Nach einer Mittheilung der „Menschenrechte“ (in einer der letzten Nummern) gelang es vor einigen Monaten dreizehn Deportirten in Neucaledonien sich eines

kleinen Dampfers zu bemächtigen und zu entfliehen. Sie wurden aber von einem Kriegsschiff eingeholt und zurückgebracht. Gleich nach ihrer Ankunft ließ der Commandant der Insel Nouméa jedem der Unglücklichen vierzig Peitschenhiebe (coups de corde — eigentlich Hiebe mit einer Art Rante aus dünnen Stricken bestehend) ertheilen, und schickte sie dann vor das Kriegsgericht. Was dort aus ihnen geworden ist, wissen wir nicht. Die Sache soll in der Kammer zur Sprache gebracht werden. Dieser schwachvolle Vorgang liefert aber einen neuen Beweis dafür, daß die herrschende Klasse durch die Logik ihrer eigenen Ungerechtigkeit in die schändlichste Barbarei zurückgeworfen wird.

— Die orientalische Frage ist durch den plötzlichen Sturz Midhat Pascha's, dem Rußland seine kolossale diplomatische Niederlage verdankt, keineswegs ihres drohenden Charakters entkleidet. Die Sache kann was die wolle, Rußland will es nicht sein ganzes Prestige (Zauber des Namens, Einfluß) verlieren, muß zum Krieg schreiten. Aber — die türkische Flotte schießt, der türkische Säbel haut! — Statt uns in Betrachtungen einzulassen, die wir doch, wie Bismarck sein letztes parlamentarisches Biergespräch, mit dem Beständniß schließen müßten, daß wir nichts wissen, geben wir nachfolgenden Auszug aus einem Privatbrief (von kundiger Seite):

„Die Midhat-Pascha- Intrigue (von Ignatieff vermittelt seines Verbündeten, des Vicelkönigs von Egypten, in Szene gesetzt) wird wahrscheinlich bald einen von Rußland beizubehenden Großwetter an's Ruder bringen und dann eine neue Revolution in Konstantinopel. Es wäre zu wünschen, daß dies rasch geschähe, die Russen können vor Mai nichts Entscheidendes anfangen und fänden dann eine resolute Regierung sich gegenüber, die weiß, was sie will. Midhat hat ein paar sehr gute Wige gemacht. Als er noch Wali (Civil- und Militärgouverneur) von Bulgarien war, kam der Hohenzoller Karl einmal nach Gurgewo, um dort seine paar Paradebalken zu inspizieren. Ein Adjutant Midhat's kam von Ruzschik herüber, brachte ihm Midhat's Complimente und bat ihn, ob er nicht auch der türkischen Garuison von Ruzschik die Ehre erwiesen wolle, die Parade abzunehmen, zu der sie bereits aufgestellt sei. Karl ging herüber und fand — eine prächtige, wohlbesetzte und ausgerüstete Truppe, gegen die seine Walachen wahre Jammerkerls waren. Mit eilenlangem Gesicht ging er wieder über die Donau. Ebenso jetzt auf der Konferenz, als Salisbury dem Midhat feierlich auseinandersetzte, Montenegro müsse doch eine Grenzberichtigung und einen Hafen haben. Oh, sagte R., dagegen habe ich nichts, ich bin ganz einverstanden, daß sie die Boche di Cattaro bekommen. Salisbury, der von der Lage von Cattaro ungefähr soviel weiß, wie etwa der gelehrte Mac Mahon, theilte diese Nachricht ganz entzückt seinem Freunde Ignatieff mit. — Ja, ja, sagte dieser, aber die Boche di Cattaro gehören ja Oesterreich!“

— Aus Teuchern wird uns mitgetheilt, daß Parteigenosse Otto wegen unerlaubten Collekturens (Zellerammlung) in einer Versammlung eine Strafoverfügung von 15 Mark erhalten hat. Derselbe wird natürlich die richterliche Entscheidung anrufen. Das preussische Obertribunal hat nun schon zu wiederholten Malen entschieden, daß derartige Zellerfassungen nicht unter die Rubrik: „Unerlaubte Collekten“ zu bringen seien. Wenn werden die preussischen Verwaltungsbehörden endlich einmal diesem Bescheid Rechnung tragen? Daß sie an Ansehen nicht gewinnen, wenn sie auf solchen Einwand sagen, sie kennen die Obertribunalentscheidung nicht, versteht sich wohl von selbst. Allerdings fühlen wir uns nicht berufen, das Ansehen dieser Herren zu schätzen, doch möchten wir unsere Parteigenossen vor überflüssiger Schereceit bewahren.

— Aus Königsberg erhielten wir die Nachricht, daß unsere Parteigenossen Origatis und Arnoldt als Vorsteher des dortigen sozialdemokratischen Vereins vom Stadtgericht freigesprochen sind und die Schließung des Vereins aufgehoben wurde.

— Vom Bundescomité des Schweizerischen Arbeiterbundes erhalten wir folgende Zuschrift:

Winterthur, 11. Februar 1877. Im Anfang des Monats Januar brachten Sie in Ihrem werthen Blatte eine Correspondenz betreffend unsere sozialdemokratische Presse. Darin sind einige Unrichtigkeiten, die wir hiermit verbessern wollen.

Der „Freie Arbeiter“ ist nicht das Organ der dortigen Arbeiter, sondern ein echt „liberales“ Blatt. (Hier bemerken wir, daß Bürger J. H. Staub, welcher zum Redacteur der „Tagwacht“ vorgeschlagen wurde, für dieses liberale Blatt schreibt. Seine Wahl wäre daher ein Rückschritt gewesen, und die Stimmgabe der Genfer Genossen kann nur auf Unkenntniß beruhen.

„Die Gerichtsperson kam zum Stellbilden, prüfte mit Mißverachtung die von der Hand Cluserets geschriebene Dokumente und nach vollendeter Prüfung rief er vor Zeugen aus: „Rein, das ist nicht die Handschrift der Briefe, welche ich in Händen gehabt habe.“

„Was die in Frage stehende Gerichtsperson anlangt, so ist sie heute Abgeordnete für Marseille; man kann sich bei ihm erkundigen, es ist der Bürger Baudet.“

„Jetzt, sagt der Freund Cluserets hinzu, fragt es sich, ist es möglich, daß ein Mann, der bis zu einem Alter von 47 Jahren überall als ein Muster von Rechtschaffenheit galt, dessen streng sittlicher Lebenswandel in des Wortes strengster Bedeutung sich nicht einen Tag verleugnete, der stets arbeitete und knapp von dem lebte, was er verdiente, der Vermögen, Familie, Carrière, alle Reigungen und Beziehungen einer Sache geopfert hat, die nicht die seinige ist, — denn er hatte keinerlei Ursache, mit dem Blute, den ihm der Zufall seiner Geburt gegeben, unzufrieden zu sein — der 30 Tage auf seine alleinige Unterschrift hin, ohne Controle, über beinahe 20 Millionen verfügte und dabei nicht reich wurde, der die Gewissenhaftigkeit soweit trieb, im Ministerium den alten Kassirer beizubehalten und aus der persönlichen Kasse des Ministers — 40,000 Frs. jährlich — alle Bedürfnisse des Ministeriums während der 30 Tage mit 1500 Francs bestritten hat (man kann diesen Kassirer fragen, der sicherlich kein Communist ist); wie ist es möglich, daß ein solcher Mann von heute auf morgen fähig werden soll, sich zu verkaufen? Ohne uns mit der politischen Frage, ohne uns mit den Ereignissen, welche den Rahmen dieser Vorgänge bilden, zu beschäftigen, überlassen wir es der öffentlichen Meinung, sich auszusprechen, und auf Grund der Thatfachen die Wahrheit festzustellen gegenüber einer so monströsen Verschuldigung, die für einen Mann von Herz bei weitem schmerzlicher ist, als die schmerzlichste Todesqual, die schmerzlichste Niederlage.“

Der Abgeordnete Bürger Alfred Raquet hatte zuerst den Muth, die Spalten des von ihm geleiteten Blattes („Revolutions“) einer Widerlegung der elenden Verleumdungen zu öffnen, welche die Reaction vermittelt der parlamentarischen

Wir ersuchen das „Bulletin“ der Jurassier, welches hieraus gegen die Person Bürger Grenlich's Kapital schlug, von dieser Berichtigung Notiz zu nehmen.)

Ebenso gehört das „Nargauer Wochenblatt“ der demokratischen Richtung des aargauer Kulturkampfes an (hier giebt es nicht einmal eine demokratische Partei, geschweige denn eine sozialdemokratische); ein Arbeiterblatt ist es aber auch nicht. Es ist hier jedenfalls eine Verwechslung mit dem „Luzerner Boten“, von dem der „Landbote“ schrieb, daß er „mit vollen Segeln zu den Sozialdemokraten hinüber schiffe“. Also auch dieser kann ohne Weiteres noch nicht zu unserer Presse gezählt werden.

Der „Pädagogische Beobachter“ ist allerdings in der Sache freundschaftlicher Weise geschrieben, das kann man aber auch noch von anderen Lokalblättern sagen, z. B. „Bälcher Wochenzeitung“, „Winterthurer Volksblatt“ u. s. w., in welche Klasse aber auch der „Luzerner Boten“ gehört.

Was nun den „Winterthurer Landboten“ betrifft, so ist die Redaktion sozialdemokratisch, allein es ist zu beachten, daß die 6000 Abonnenten und 20,000 Leser desselben zum kleinsten Theil Sozialisten sind. Der „Landbote“ ist eben ein verbreitetes Schweizerblatt, und den meisten seiner Leser ein unentbehrliches Tagblatt.

Hätte die „Tagwacht“ 6000 Abonnenten statt nur etwa 2000, und könnte sie daher entsprechend mehr bieten, so würde die Sache schon ein anderes Gesicht haben, aber das ist eben nicht der Fall. Als Arbeiterblätter — denn eine Arbeiterpartei ist erst in der Bildung begriffen — können nur gelten: die „Tagwacht“ in Zürich und der „Précurseur“ in Genf, Organe des Arbeiterbundes; der „Grübler“ in Winterthur, Organ der Grüblervereine; ferner die Vertreter der „anarchischen“ Richtung: das „Bulletin“, Organ der Jura-Föderation (in Souvillier), und die „Arbeiterzeitung“ in Bern, welche keiner speziellen Organisation angehört.

Wir können daher noch nicht mit Stolz auf unsere Sache zurückblicken, abgesehen davon, daß es bei uns mehr als an jedem andern Orte heißt: „Schau vorwärts, Werner, und nicht hinter dich!“ Mit parteigenössischem Gruß

Ramens und im Auftrage des Bundescomité des Schweizerischen Arbeiterbundes
Der Sekretär: Hertex.

— Unser amerikanisches Parteiorgan, der täglich in Niesenformat erscheinende Chicago'er „Sozialist“, besitzt seit Anfang dieses Monats ein Sonntagsblatt (in gleichem Format) betitelt: „Die Neue Zeit“. Glück auf!

Correspondenzen.

Altona. Der Sieg ist trotz der Niesenanstrengungen, welche unsere Parteigenossen gemacht haben, wieder zweifelhaft geworden: unsere Gegner haben sich gleichfalls tüchtig gerührt und waren in der Wahl ihrer Mittel gerade nicht sehr säuberlich. Das definitive Resultat ist: Hartmann 13,157 Stimmen, Carsten 13,099 Stimmen und auf Herrn Röhling fielen 96 Stimmen; es gesplitterten sich 31 Stimmen. Also Stichwahl zwischen Hartmann und Carsten. Ueber 85 Prozent der in den Wählerlisten Eingetragenen haben gestimmt. Nun gilt es noch einmal!

Parteigenossen allerorts, thut jezt eure Pflicht für Altona, das uns nimmer verloren gehen darf, thut sie in erhöhtem Maße. Geldsendungen nimmt das Wahlcomité, Adresse: Denis, Holstenstr. 43 I, Altona, entgegen.

Aus Holslein, 6. Februar. Der 10. Januar war für das Proletariat Holsleins kein bedauernder Siegestag. 1874 hatten wir zwei Hofsege zu verzeichnen, jezt nur einen. Der Grund dieses Rückschritts ist größtentheils, daß der Arbeiter in vielen Theilen unseres Landes nicht wählen kann, wen er will, sondern wählen muß, den er soll; und falls er dennoch einem Sozialdemokraten seine Stimme giebt, einfach fortgeant wird. Diese elende Waffe unserer Gegner kann uns nicht abschrecken, sondern uns nur mit neuem Kampfesmuthe erfüllen. Vor uns steht bereits ein neues Ziel, die nächste Reichstagswahl; ihr müssen wir wieder unsere ganze Kraft zuwenden, von neuem müssen wir unsere Mitmenschen aufrütteln, sie zum Bewußtsein ihrer Lage bringen und sie auffordern, mit uns an der Befreiung der Menschheit, an ihrer eigenen Befreiung thätig zu sein. J. B.

Aus dem 9. schleswig-holsteinischen Wahlkreis. Bei der Reichstagswahl am 10. Januar 1874 wurden im Ganzen abgegeben 15,400 Stimmen, von denen 176 Stimmen ungültig waren. Es erhielten Stimmen: Reimer (soz.) 8098, Seelig (fortsch.) 6871, Rehder (Landespartei) 240, gesplittert waren 23 Stimmen. Am 10. Januar 1877 war die Zahl der Wähler 22,183, die Zahl aller abgegebenen Stimmen war 15,315, von denen 35 ungültig waren. Es erhielten Stimmen: Graf von Holstein-

Unterjuchung gegen den General Bürger Cluseret vordachte. Die Verbannten der Commune von Marseille haben aus ihrer Asylstätte in Barcelona folgenden Brief an ihn gerichtet:

„Bürger Alfred Raquet!

Es sind Geächtete, die Ihnen hiermit fortgedant ausdrücken erstens für Ihre wahrhaft republikanische Haltung in der Kammer und in allen Commissionen, denen Sie angehört haben, und ferner dafür, daß Sie die Verteidigung eines der Unfrigen aufgenommen haben, und zwar eines der hervorragendsten, müthigsten, eifrigsten, freimüthigsten Verteidiger der Volksache und deshalb zugleich eines der am meisten Verleumdeten.

Wir hatten Gelegenheit, uns ein Urtheil über den Bürger General Cluseret zu bilden, als er sich in Marseille an unsere Spitze stellte, um am 2. November 1870 die Commune zu proklamieren. Da haben wir ihn in der Nähe gesehen und er hat durch seinen Muth und seine Selbsterleugnung, von dem er uns zahlreiche Beweise gab, sich unsere Bewunderung und Hochachtung erworben.

Nein Bürger, das ist nicht der Mann, den Herr v. Bismarck oder sonst ein anderer hätte kaufen können; dieser 53jährige Veteran, welcher heute im Exil von seiner Hände lebt, der — wir wissen es aus sehr guter Quelle — pflügen und graben muß, um sich ein Stück Brot zu erringen, da seine Feder ihm nicht genug einbringt, um davon leben zu können. Dieser unerschöpfbaren Energie, dieser ständigen Gemüthsgegenüber war und ist alles Geld der Erde ohnmächtig.

Es ist ein Unglück, daß der Sohn des großen Raspail, den wir alle lieben und verehren, sich zum Echo solcher infamen Verleumdungen gemacht hat!

O, hätten wir doch Cluseret in Marseille gehabt, daß er unsere Erhebung vom 23. März 1871 hätte leiten können, welche am 4. April ein so beklagenswerthes Ende nahm und dessen Gelingen sicher für die Stadt Paris, und für ganz Frankreich vom höchsten Nutzen gewesen wäre. . . . Durch die Verteidigung dieses Mannes haben Sie sich Anspruch auf die

Eine geschichtliche Berichtigung.

(Schluß)

Ich sehe ab von dieser Ungeheuerlichkeit, die keinen Protest in einer Versammlung hervorrief, welche eine beträchtliche Zahl von Magistratspersonen in ihrer Mitte hatte, hervorrief: ich meine den Befehl, einen Menschen auf das einfache Wort eines andern hin zu erschießen, der zugleich Richter, Partei und Strafvolkzieher ist.

Wenn Herr Gambetta wirklich, wie er sagte, die Hände voll Beweise hatte, warum veröffentlichte er sie nicht? Die moralische Beurtheilung wäre viel vernichtender gewesen, als die physische. Und schließlich schloß die eine die andere nicht aus.

Nun, hier sind Beweise: Sorbier, der Chefredacteur des „Peuple“ („Volk“) in Marseille schreibt:

„Eine der mit Verhaftung Cluserets beauftragten Gerichtspersonen befand sich eines Abends in einem Hause, wo auch ich war. Man sprach von den neuesten Ereignissen und der Betreffende erklärte, wenn auch in gemessenen Ausdrücken, daß Cluseret die Seele, das Rückgrat der Oktoberbewegung (während der Belagerung von Paris) gewesen sei; darauf kam er auf die Anklage zu sprechen, welche Gambetta gegen ihn geschleudert hatte und sagte, er habe die samosen Beweise in der Hand in Gestalt zweier Briefe von Cluseret.“

„Ich kannte ihn als einen Ehrenmann, und sagte ich zu ihm ohne Umschweife:

„Sie suchen Cluseret, ich weiß, wo er ist; zeigen Sie mir seine Briefe, liefern Sie mir Beweise, und mit Hilfe einiger dieser Leute von der Bürgerwehr, die man so sehr fürchtet, führe ich Ihnen Cluseret an Händen und Füßen gebunden herbei.“

„Darauf antwortete die Gerichtsperson:

„Ich habe nicht die Möglichkeit, Ihnen diese Briefe zu zeigen. — Man hat sie mir wieder abverlangt, — aber, wie es scheint, kennen Sie die Handschrift Cluserets. Können Sie mir vielleicht einige von ihm geschriebene Beilegen zeigen?“

„Sehr gern, kommen Sie morgen auf das Bureau des „Peuple“, dort werde ich Ihnen Wunsch erfüllen.“

Waternerwerk (conf.) 6940, Reimer (soz.) 4793, Selig (fortsch.) 2518, Höll (nat.-lib.) 981, es zerplitterten sich 48. — Bei der engeren Wahl am 20. Januar wurden im Ganzen abgegeben 16,239 Stimmen, davon erhielt der Graf von Holftein 11,416 und Reimer 4823 Stimmen. — Nicht ist hier ein „Rückgang“ zu konstatieren, nur die Kräfte des Hungers war im Stande, den Arbeiter von der Wahl fern zu halten. Auf dem Gute Brodau wurde vor der engeren Wahl eine Schrift der Gutsbesitzer an die Arbeiter vorgelesen folgenden Inhalts: Bei der ersten Wahl seien in dem Gute auf Reimer 98 Stimmen gefallen und auf die übrigen Kandidaten nur 61, während in den Gütern Sierhagen und Hasselburg 30 resp. 28 auf Reimer und 139 resp. 60 auf die übrigen Kandidaten gefallen seien; wenn solches wieder vorkommen sollte, würde den Land-Jurken die Jurken-Stelle entzogen, und mit der freien Medizin würde man auch nicht mehr so freigebig sein; nämlich würde dem seitens des Volkswogts hinzugefügt: „Wer nicht wählt, wird als Sozialdemokrat angesehen.“ Dieses Machtgebot, welches für den Arbeiter gleichbedeutend mit „fügen oder hungern“ ist, erfüllte denn auch seinen Zweck und erhielt Reimer bei der engeren Wahl im Gute Brodau 8, Graf Holfstein 128 Stimmen. — Die Wahl soll eine freie sein — sie ist es auch, aber nur für unsere Gegner, uns verbot man sogar in der Gegend von Lützenburg das Ausstragen von Stimmzetteln, und dem Unterzeichneten legte man eine Strafe auf von 10 Mark wegen Vertheilung von Flugblättern, obgleich er für den Vertrieb von Drucksachen 48 Mark Gewerbesteuer bezahlen muß. Aber wir leben in dem gelobten Lande — gelobtes Land? für wen? Für den Arbeiter? O weh! Joh. Heinr. Haß.

K. — Schwerin, 11. Februar. Das Ergebnis der Wahlen in Mecklenburg-Schwerin und Strelitz ist folgendes: 1. Kreis: Finn (soz.) 269, Möller (lib.) 11,396, von Bülow (conf.) 5243; 2. Kreis: Finn 2802, Wehmeyer (lib.) 9877, v. Weisberg (conf.) 4520; 3. Kreis: Finn 169 (einschließlich der zerplitterten), Advokat M. Wiggers (fortsch.) 10,093, Justizrath Karrig 3892; 4. Kreis: Hofbauath Demmler (soz.) 12, Vogge-Roggow (lib.) 8777, v. Hefsen (conf.) 6283; 5. Kreis: Finn 2742, Baumgarten (liberal), Reichhoff (conf.) 3251; 6. Kreis: Hofbauath Demmler 1808, Prof. J. Wiggers 6747, v. Bassow 4902; Mecklenburg-Strelitz: Finn (mit zerplitterte) 246, Vogge-Blankenhof (lib.) 8253, v. Dewitz (conf.) 1439. Stimmengahl der Sozialisten 8049, Liberalen 65,373, Conservativen 35,250. Agitation haben wir nur im 2., 5. und 6. Wahlkreis betrieben. Im Ganzen hat sich unsere Zahl um circa 4000 vermehrt, also um 100 Prozent, ein Erfolg, der bei den mecklenburgischen Verhältnissen glänzend genannt werden darf, da man es sowohl auf dem Lande, wie in den Städten an direkten wie indirekten Wahlbeeinflussungen nicht hat fehlen lassen. Besonders stieß man sich daran, daß Herr Finn — nur ein Zimmerer ist. Behauptungen der blödsinnigsten Art wurden über ihn in Umlauf gesetzt. Das „Kostoder Tageblatt“ hatte nämlich die Nachricht von der Verhaftung Finn's (natürlich erfolglos) gebracht und daran die Bemerkung geknüpft, daß dieser an den vielen Nothheiten, die vor der Wahl verübt worden, schuld sei. Das saubere Blatt ist damals genügend gekennzeichnet worden, eine weitere Bemerkung darüber als überflüssig. Versammlungen, die wir zwecks Agitation abhielten, erfreuten sich nur im Anfange der Wahl eines ungehörten Verlaufes; es meldete sich selbst Niemand zum Wort gegen uns. Später nahm man sich Bismarck's Rezept zu Herzen, man mußte sich zu interpelliren, das Scheiterte indessen höchst kläglich, denn „die Liberalen verfügten über keinen ausgebildeten Rednerstamm“, wie ein Blatt jammerte. Was blieb anders übrig, als „energischer“ vorzugehen? Durch Ständalirren bei der Büreauwahl machte die liberale Partei einen jeden Vortrag unmöglich. „Wir sind nicht gesonnen, das Büreau in sozialistischen Händen zu lassen, das hat lange genug gedauert!“ so antworteten die Zeitungen auf die Beschuldigungen, daß die liberale Partei sich pöbelhaft betrage. Die Arbeiter suchten die Liberalen selbst durch ein besseres Beispiel zur Reue zu bringen. Sie verhielten sich in Versammlungen, in welchen liberale Größen sprachen, ganz ruhig. Sie hörten die „volkswirtschaftlichen“ (?) Tiraden eines Wiggers, und den „frei-theologischen“ Quark Baumgartens mit musterhafter Ruhe an. Es half alles nichts. Die Liberalen wollten Bleib's bleiben und sie führten dieses edle Vorhaben auch durch. Unter solchen Umständen war es die höchste Zeit, ein Parteiorgan zu gründen; wir konnten ja nirgends und in keiner Weise mehr den Verkündigungen entgegenzutreten. Und das ist uns auch gelungen. Der „Mecklenburgische Arbeiterfreund“ hat sich schon einen ansehnlichen Leserkreis erworben und hat gegründete Hoffnung, seine Abonnentenzahl immer mehr anzuheben zu sehen. Leicht ist uns das freilich nicht geworden. Nun erfreut er sich eines vierteljährlichen Besuchs, und vielleicht ist es sogar möglich, ihn in nicht allzu langer Zeit zweimal wöchentlich erscheinen zu lassen. Die letzte

Dankbarkeit und Hingebung der Geachteten und der wahren Republikaner erworben.

Genehmigen Sie, Bürger, noch einmal unsere Dankungen und die Versicherungen unserer brüderlichen Freundschaft.

Im Namen der Pariserer Geachteten, welche allesammt mit diesem Briefe einverstanden sind und in ihrem Auftrage:

Mariel, Mitglied der Pariserer Commune.
Morel Edouard.
Gavard.
Fumel.

(Für den „Vorwärts“ überseht aus der „Revolution“ vom 30. November 1876.)

— Die in Berlin herrschende große Noth treibt die unglücklichen Leute häufig dazu, vollständig verdorbene Sachen zu genießen, um nur ihren Hunger zu stillen. So wurde kürzlich ein aussehend dem Handwerkerstande angehöriger Mann beobachtet, der in der Straßenscheibe ernstig bemerkt war, hinter einem Eisengitter einen Haufen verdorbener, gelochter Kartoffeln hervorzulangen, die derselbe dortans mit großem Behagen verzehrte. Wie lange mag der Mann wohl schon nichts mehr gegessen haben, wenn er dieses verdorbene Nahrungsmittel mit so großer Hast verzehren konnte.

— Ein auffälliges Urtheil über die Sozialdemokratie giebt die konservative „Post“ ab. Bei einer Besprechung der Berliner Reichswahl sagt sie: „Der Sozialdemokrat hat vor dem Berliner Fortschrittswahl weitestens den Vorzug der Offenheit und Klarheit seiner Ziele voraus, während er ihm häufig in den Formen seiner Polemik und in dem Anstande seines Auftretens voransteht. Bei ihm erheben wir Irrthümer, die aus einer falschen Bildung entspringen, dort freier Ueberhebung und einer Agitation wider besseres Wissen im Partei-Interesse.“ Gegen die „falsche Bildung“, bemerkt hierzu unser Berliner Parteiorgan, wollen wir uns hier nicht wenden, die „Post“ hat eben ein konservatives Organ; aber bei den uns sonst endlos gequälten Vorwürfen über Behauptungen unserer Ideen, Unklarheit über unsere Ziele, Robeit der Polemik u. s. w. gäuben wir Akt nehmen zu müssen von der Anerkennung des Gegentheils.

Nummer des „Arbeiterfreund“ brachte einen interessanten Erlaß eines mecklenburgischen Amtes an die Schulzen, der hier wohl mitgetheilt zu werden verdient. Derselbe lautet:

„Es wird in Folge höherer Anweisung Ihnen hierdurch aufgegeben, auf etwaige sozialistische Bestrebungen in R. sorgfältig zu achten und denselben rechtzeitig und mit Nachdruck entgegen zu treten, wobei bemerkt wird, daß sozialdemokratische Vereine und Versammlungen, abgesehen für Wahlen zum Reichstage (§ 17 des Reichsgesetzes de 31. Mai 1869), nicht erlaubt sind und die Theilnahme an solchen Vereinen und Versammlungen strafbar ist. Die Lösung etwaiger Zweifel hinsichtlich des von Ihnen einzuschlagenden Verfahrens ist bei dem Amte als Polizeibehörde, wenn Gefahr im Verzuge, mündlich bei dem Herrn Polizeibeamten vorkommenden Falls nachzuschauen.“

Eine kurze Nachricht über Sozialdemokraten und ihre Ziele ist hier angegeschlossen. In dieser Hinsicht wird auch auf den Brief „über die soziale Frage“ im Hinfort'schen Kalender für 1877 hingewiesen.

R., den .. Januar 1877.

Großherzogliches Amt.

An den Schulzen zu

Diesem Erlaß ist eine „kurze Nachricht“ über unser Wesen und unsere Prinzipien beigegeben, die nicht von „schlechten Eltern“ ist. Da wir aber der Raum des „Vorwärts“ zu kostbar ist, um mehrere aus der „kurzen Nachricht“ zu geben, sei hier nur eine der auffallendsten Stellen kurz berührt. In derselben wird nämlich gesagt, die Sozialdemokraten wollen zwecks Umsturz der „so genannten Arbeiterbataillone“ bilden! — Was kann man mehr verlangen? Es wird sich bei der Revolution sehr schön machen, wenn rings um den rothen Uniformkragen die schwarze Aufschrift zu lesen sein wird: „—tes Arbeiterbataillon!“ Und daran hat nur Laffalle schuld mit seinen Worten: „Hört ihr den dumpfen Schritt der Arbeiterbataillone?“ Nun, es ist in Mecklenburg geschehen, und da ist mancher Eulenspiegelreich zu entschuldigen.

An die mecklenburgischen Arbeiter richten wir schließlich die Aufforderung, unablässig für den „Arbeiterfreund“ zu agitiren. Derselbe hat während seines kurzen Bestehens hinreichend bewiesen, daß er energisch für die Arbeiterinteressen eintritt. Seid nicht lässig, sondern „Vorwärts“ sei eure Parole. Bleibt nicht zurück hinter Euren Gesinnungsgenossen in den übrigen deutschen Ländern.

Pinneberg, 7. Februar. Am 22. Januar ist unser alter, treuer Parteigenosse Peter Heins nach längerem Siechtum verstorben. Es hatten sich zu der Beerdigung am 25. v. M., trotzdem wir uns mitten in der Wahlbewegung befanden, insbesondere viele alte Parteigenossen eingefunden, um den Verstorbenen die letzte Ehre zu erwiesen. Heins war einer der ältesten und eifrigsten Parteigenossen hier am Plage und für die Verbreitung des „Vorwärts“ u. s. w. sehr thätig. Er trat 1867 dem Allgemeinen deutschen Arbeiterverein bei und war bis zum letzten Augenblicke ein treu bewährtes Mitglied der Partei. Mögen ihm alle Parteigenossen hierorts ein gutes Andenken bewahren.

H. Hahl.

Herr Tesin (Mecklenburg), 12. Februar. Auch hier kann die Partei mit frohem Muth in die Zukunft blicken, denn die Stimmen für unsern Candidaten, Hofbauath Demmler aus Schwerin, haben sich seit dem Jahre 1874 im 6. Wahlkreise beinahe verdoppelt. Hier in Tesin haben wir unseren Gegnern viel Kopfschmerz gemacht, denn im Jahre 1874 hatten wir 17 Stimmen für unsern Candidaten, aber diesmal waren wir besser auf dem Posten und haben es auf 219 Stimmen gebracht; die National-liberalen hatten 230 Stimmen, mithin 11 Stimmen mehr wie wir. In unseren Fortschritten haben unsere Gegner viel beigetragen, denn ihre Flugblätter waren voll von Lügen und Verdrehungen, so daß solchen Leuten, die noch nichts von den Sozialdemokraten gehört hatten, wirklich hätte angst und bange werden können. Aber Parteigenosse Carl Finn aus Berlin wußte alle Anschuldigungen glänzend zu widerlegen und dadurch wurden den Arbeitern die Augen geöffnet. Freilich haben die national-liberalen Helden mit 11 Stimmen gegiebt, aber in drei Jahren wollen wir siegreich aus dem Kampfe hervorgehen. Nun liegt und verweilt aber immer zu, andere Waffen habt ihr ja doch nicht; und aber lassen uns nicht mehr beirren. Euch aber rufe ich zu, ihr kleinen Handwerkermeister, die uns noch fern stehen, seht ihr denn noch nicht ein, daß Euch das große Kapital immer mehr zum Lohnarbeiter herabdrückt? Wollen wir unsere Lage verbessern, so müssen wir Mann für Mann einen Arbeitercandidaten wählen und eintreten in die Reihen der Sozialdemokratie.

H. H.

M. Halberstadt. Bei der Reichstagswahl wurden im Ganzen 11,519 Stimmen abgegeben von 28,000 Wahlberechtigten, und vertheilt sich dieselben folgendermaßen: Staatsminister a. D. v. Bernuth 8313, v. Kunowsky 916, Schulze-Dehlich 855, Otto Kapell 1376, die übrigen zerplitterten sich. Versammlungen, außer in Osterwieck, haben aus den bekannten Gründen nicht abgehalten werden können und war unsere Agitation nur allgemein eine private. Besonders hat das Resultat am hiesigen Orte die Gegner verblüfft, indem wir trotz der großen Wahlenthaltung 150 Stimmen mehr als vor drei Jahren erzielten, während v. Bernuth über 1000 weniger erhielt.

Der 4. Februar war ein Tag so recht für uns, und hatte es den Anschein, als sollte irgend eine große Versammlung oder dem ähnliches stattfinden. Es waren die Arbeiter aller Branchen im Festzuge massenhaft erschienen, jedoch es war der Menge anzusehen, daß es ganz etwas besonderes sein müsse, was sie zusammenführte. So war es auch. Es galt, einem unserer besten Kämpfer das letzte Geleit zu geben. Am 30. Jan., Abends 5 Uhr, verunglückte der Zimmerer Theodor Simon beim Zulegen eines Daches und stürzte, erlitt von einem starken Windstoß, 8 Meter tief hinunter und brach das Genid. Was der Dahingegangene seinen Mitarbeitern, und speziell der Arbeiterklasse war, geht daraus hervor, daß ihm ca. 700 Personen das Geleit gaben und hat Halberstadt ein solch großes Gefolge noch nicht gesehen. Auch war es keinem Priester erlaubt, dem mit Kränze reich geschmückten Sarg voranzugehen. Dies besorgte eine Musikkapelle und wurde sodann der Sarg unter den Klängen eines Trauermarsches der Erde übergeben. Tags zuvor wurde Genosse Voigt bei der Polizei vorgeladen und ihm anbefohlen, weder zu reden, noch das Tragen rother Fahnen zu gestatten, widrigenfalls die Polizei einschreiten würde, was demzufolge denn auch unterblieb. Das Andenken an den Verstorbenen wird nicht verblasen. Unser Genosse Th. Simon war ein bei Freund und Feind beliebter Mann, er hatte alle Eigenschaften, durch welche der Mensch sich die Achtung selbst des Gegners erzwingt. Möge ihm die Erde leicht sein.

Solingen. Am 30. v. M. tagte hier selbst eine sehr gut besuchte Sattlerversammlung mit der Tagesordnung: „Gründung einer Centralvereinskommission und Zweck und Nutzen der Gewerkschaften.“ Referent: Herr Brachwig aus Eberfeld. — Derselbe erledigte beide Punkte zur vollen Zufriedenheit der Versammlung. An der Debatte theilnahmen sich vornehmlich die

Herrn Polinski, Bastian und Krause; der letztgenannte wurde mit Beschaffung von Aufnahmematerial seitens des Centralvorstandes des deutschen Sattlervereins beauftragt; es ließen sich ungefähr 30—40 neue Mitglieder provisorisch aufnehmen. Hoffentlich werden die Sattler überall sich aus ihrer bisherigen Unthätigkeit aufrufen und Mitgliedschaften gründen.

Die nächste Versammlung findet Dienstag, den 6. Februar, statt.

Ronneburg, 12. Februar. Die Wahlen sind vorüber, und auch unser Kreis hat eine bedeutend größere Stimmengahl auf den sozialistischen Candidaten vereinigt, als dieses im Jahre 1874 der Fall war. Durch alle nur irgend denkbaren Verkündigungen und Beschimpfungen unserer Partei mittelst ihrer Presse gelang es den Liberalen, die Landleute gegen uns zu hegen, so daß dieselben an den meisten Orten mit großer Majorität für den liberalen Dr. Wagner stimmten.

So leichter Kampf, wie in den ländlichen Distrikten, besonders im Westkreise, hatten die Liberalen jedoch in Ronneburg nicht. Hier befolgten dieselben die Worte unseres Reichsanzlers, welcher bekanntlich den Liberalen es anempfahl, uns in den Versammlungen entgegenzutreten, damit das Volk von den bösen Lehren der Sozialdemokratie abwendig gemacht würde. Aber gerade diese Taktik war es, welche den Liberalismus hier vernichtete. Die erste derartige Versammlung war am 6. Januar, wo Freund Klute aus Erfurt über den Nutzen der Reichstagswahl referirte. Nach dem gegliederten Vortrage desselben wurde vom Vorsitzenden zur Interpellation aufgefordert, und richtig meldete sich auch ein hiesiger Lehrer, Herr Vogt, zum Wort. Von den Ansichten dieses Herrn will ich nur einige Proben anführen, die aber genügen, um zu zeigen, weß Geisteskind der Interpellant war. Wir leben, äußerte er, nicht in einer Zeit der Reaktion, wie der Herr Klute behauptete, sondern in einer viel zu großen Freiheitsepoche, und zwar beweise dies das bayerische ultramontane Blatt „Vaterland“, welches täglich die größten Schandartikel gegen den deutschen Kaiser und Bismarck bringe. Ferner habe der Referent 1/2 Stunde die Zeit mit aufreizenden Reden verbracht. Unsere Forderung einer Volkswehr sei Unfönn, wir haben ja eine Volkswehr, denn die Armees ist eine Wehr, und ist der Soldat aus dem Volke, nun da haben wir doch eine Wehr aus dem Volke. (Welche Logik!) — Die Ansichten des Herrn Lehrers wurden jedoch noch von zwei anderen Gegnern übertrieben, welche an unünnem Geismwäg das Höchste leisteten. Ja der eine der letzten beiden Interpellanten verging sich in solchen Beleidigungen gegen Klute, daß selbst der anwesende Bürgermeister aufstand und denselben zum Verlassen des Saales aufforderte. Da die drei Gegner unter dem pärmischen Beifall der Versammlung vom Referenten sowie vom Genossen Richter glänzend abgefertigt wurden, so zogen dieselben es vor, sich plöblich sichtbar zu machen.

Die zweite Versammlung fand am 10. Februar statt. Tagesordnung lautete: „Der Rückgang der Sozialdemokratie.“ Freund Klute beledigtete in einem kurzen, kernigen Vortrage, wie weit der Rückgang des Sozialismus sich erstreckt habe, und wie man an den 650,000 Stimmen denselben bemessen könne. Auch in dieser Versammlung traten einige Gegner auf, welche besonders wegen der Haltung unserer sozialistischen Abgeordneten bei der Rathung der Verlängerung des Eisenzolles erboht zu sein schienen, und die Abstimmung unserer Vertreter (für Verlängerung) als Berrath am Volke bezeichnen.

Klute sowie Freund Richter legten jedoch das Grundlose dieser Behauptung klar, und der lebhafteste Beifall zeigte deutlich genug, daß die Liberalen auch hier abgeblüht waren. — Hierauf ergriff Herr Schuldirektor Rudolph das Wort, um seine Achtung vor der hohen Begabung des Herrn Klute auszudrücken, und bat denselben, in nächster Zeit einen Vortrag über die anzustrebende Volksbildung zu halten, was von Klute auch zugestimmt wurde. — Um halb 12 Uhr wurde hierauf in begeisteter Stimmung die Versammlung geschlossen.

Hoffentlich treten in nächster Versammlung wiederum Gegner für den Liberalismus in die Schranken, damit doch dem Volke der Unterschied zwischen Sozialismus und dem ausbeutenden Liberalismus recht klar werde.

Dresden, 7. Februar. (Keyerhehe.) Nr. 4 des „Vorwärts“ von diesem Jahre erwähnte einer Justizsaffaire, wie solche nur in Chemnitz möglich ist. Es war daselbst ein wissenschaftlicher Vortrag über die Entwicklung des Menschengesistes gehalten und der Vortragende, Lehrinstitutsdirektor Klemich, vierzehn Tage danach in seinem Wohnorte Dresden zur Haft gebracht worden, und zwar auf Requisition des Herrn Staatsanwalts v. Mangoldt in Chemnitz. Die Motivirung des Verhaftungsbefehls war jedoch eine so unlogische und widersinnige, daß der bald darauf freigelassene Klemich eine Anklage gegen Mangoldt wegen Amtsmissbrauchs und Freiheitsberaubung erhob. Wir wünschten dem Beschwerdeführer damals im Interesse der Gerechtigkeit besten Erfolg, hofften aber gleich voraus, daß wir seine daraus hinsichtlich der Agitation nicht theilen könnten, und — wir irren uns nicht. Das Justizministerium hat diese Beschwerde an den Generalstaatsanwalt v. Schwarze abgegeben und dieser hat einen Beschluß gefaßt, in welchem in scharfsinnigster Weise eine Masse Rechtfertigungsgründe für diese Verhaftung vorgeführt werden. Dieser Beschluß ist eine wahre Bertheidigungsschrift für Herrn v. Mangoldt, doch fehlt ihm etwas: nämlich alle jene Motive, die von Mangoldt zur Unterstüzung seines Verhaftungsbefehls vorgeführt worden waren und die Klemich als ungeschwähige angegriffen hatte, diese waren in dem generalstaatsanwaltlichen Beschluß gar nicht berührt worden, vielmehr sind darin nur neue Gründe zur Rechtfertigung der Verhaftung aufgezählt und damit der Beschwerdeführer abgewiesen worden. Eine Anklage gegen Klemich ist bis jetzt nicht erhoben worden und kann niemals erhoben werden, denn sie wäre, da sie wissenschaftlich anerkannte Lehrsätze angreifen müßte, eine Blamage für unsere Justiz. So respektirt man die persönliche Freiheit! Als besonders interessant heben wir aus dem generalstaatsanwaltlichen Beschluß hervor, daß nach demselben nicht behauptet werden könne: „daß bei der Motivirung der Verhaftung der Beamte in Wahrheit eine andere Ansicht als die kundgegebene gehabt haben könne.“ Nichtig diese Behauptung ist und so oft wir Gelegenheiten haben uns vom Gegentheil zu überzeugen, so wollen wir nur darauf noch hinweisen, daß es darauf, ob ein Beamter wider besseres Wissen handelt, allein gar nicht ankommt. Der § 42 der Verfassung macht Staatsdiener für jede ihrer Dienstleistungen verantwortlich, also auch wenn Mangel an Vorsicht und Gewissenhaftigkeit, blinder Parteilichkeit, religiöser oder sonstiger Fanatismus, Strebsamkeit“ u. dgl. die Ursache zur Pflichtverletzung sind. Wenn der v. Schwarze'sche Grundlag gelten soll (und er gilt faktisch), dann kann niemals ein durch Beamtenwillkür Geschädigter eine Anklage begründen. Uebrigens behauptet Klemich in seinen „Mätern für geistigen Fortschritt“, es scheine ihm, als ob die Verhaftung, die ja erst am 22. Dezember erfolgte, während der Vortrag am 6. Dezember stattfand, mehr behufs Rahmlegung seiner agitatorischen Thätigkeit zur Reichstagswahl im sozialisti-

